

Aus dem dunkelsten Deutschösterreich.

Karl Marx und Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei: einleitende Worte.

Ein Gespenst geht um in Europa, das Gespenst des Kommunismus. Alle Mächte des alten Europa haben sich zu einer heiligen Liga gegen dieses Gespenst verbündet, der Paps und der Zar, Metternich und Guizot, französische Radikale und deutsche Polizisten.

Wir staunen über gar nichts mehr. Wir haben den Herrn Pressestaatsanwalt Dr. Schwelle länger als ein Jahr an der Arbeit gesehen, länger als ein Jahr beobachtet, wie dieser Beamte sich dazu hergab, die mühseligsten Aufträge der Kammer des Kriegsüberwachungsamtes und der späteren Ministerialkommission an den Zeitungen zu vollziehen. Länger als ein Jahr muhten wir es über uns ergehen lassen, daß Herr Dr. Schwelle fast täglich an uns einmal im Interesse einer bürokratischen, das andere Mal im Interesse einer militärischen und das dritte Mal im Interesse einer Bankenclique eine Rechtsbeugung beging. Nur in dieser Schwindel- und Operettenrepublik ist es möglich, daß dieser Beamte sich noch auf seinem Posten befindet, nur bei der Charakterlosigkeit der Wiener Presse ist es denkbar, daß dieser Mann noch immer als Richter über den Wiener Zeitungen sitzt.

Bergangenen Samstag hat sich folgendes ereignet: Am Vormittag überreichte eine Druderei der Genjur ein Exemplar des Buches: „Das Programm der Kommunisten“ (Bolschewiki) von N. Bucharin.

Am Samstag nachmittags erschien bereits die Polizei in der Druderei und beschlagnahmte 16.000 Stück der Broschüre. Da das Buch 88 Seiten stark ist, drängt sich uns der Gedanke auf, daß Herr Dr. Schwelle die Broschüre nur sehr oberflächlich gelesen hat. Hätte er sie genau gelesen und verstanden, so wäre es unmöglich gewesen, daß er als Hüter des Gesetzes in einer freien Republik, als Beamter, der nur das Gesetz zu wahren und keine politischen Gensersdienste zu verrichten hat, die Beschlagnahme verfügt hätte. Wir stehen nicht an, dieses Buch als ein Meisterwerk sozialistischer Schriftstellerei zu erklären, als ein Buch von einer seltenen Klarheit und Vollständigkeit der Sprache und einer nur von wenigen Meistern erreichten Höhe und Erhabenheit der Gedankensführung. Auf 88 Seiten auch nicht die Spur einer Schreibweise, die in der Sprache der Staatsanwälte als heftig oder aufreizend bezeichnet werden könnte. Sicherlich zählt dieses Werk zu den edelsten Urkunden der Zeitgeschichte, und mühten wir nicht, wie unser republikanischer Staatsrat aussieht, wüßten wir nicht, daß der Auftraggeber des Dr. Schwelle der Staatssekretär Dr. Koller ist, der selbst einmal während des Krieges im persönlichem Interesse die Zensur mißbraucht hat, wir würden es für unschicklich halten, daß dieses Buch der Beschlagnahme anheimgefallen ist.

Daß es sich hier nicht um eine ruhigen Erwägungen entspringende Konfiskation, sondern um einen politischen Akt handelt, geht daraus hervor, daß in Wien ein Buch frei verkauft wird, betitelt „Staat und Revolution“ und verfaßt von N. Lenin, erschienen in Berlin in der politischen Aktionsbibliothek von Franz Biewert. Gerade dieses Buch, das den Tatmenschen Lenin zum Verfasser hat, mühte von einem Staatsanwalt als agitatorisch und aufreizend bezeichnet werden. Der Herr Pressestaatsanwalt Dr. Schwelle ist aber sehr spät auf die Gefährlichkeit der kommunistischen Literatur aufmerksam gemacht worden, deshalb blieb das Buch von Lenin unkonfiszirt, deshalb konnte auch am 7.änner im „Abend“ ein ausführlicher Auszug aus der am Samstag beschlagnahmten Broschüre von Bucharin erscheinen, ohne daß es Herrn Dr. Schwelle eingefallen wäre, diese Nummer des „Abend“ zu beschlagnahmen.

Des Rätsels Lösung besteht darin, daß das Buch von der kommunistischen Partei Deutschösterreichs herausgegeben wird und daß im Staatsrate sitzende politische Gauner offenbar beschlossen haben, diese Partei mit allen Mitteln zu vernichten.

Wir haben mit der kommunistischen Partei nichts zu tun, aber wenn die bürgerliche und die sozialdemokratische Wiener Presse die Knebelung der Pressefreiheit ohne ein Wort des Widerspruches duldet, so erfüllen wir als unabhängige politische Tageschriftsteller unbiegiam unsere Aufgabe, indem wir diese Schande brandmarken. Wir tun unsere Pflicht, indem wir die politische Öffentlichkeit darauf aufmerksam machen, wie unklug sie handelt, wenn sie dieses Treiben duldet. Heute sind es die Kommunisten, deren Zeitungen man konfiszirt, nach den Wahlen können es die Sozialdemokraten sein oder die Zeitungen der Belträger, die gegen den Steuerdruck demonstrierten. Zeitungsbeschlagnahmen sind und bleiben ein verwerfliches, unanständiges Mittel des politischen Kampfes, gleichgültig, gegen wen es sich richtet.